

Lehrpläne Mehr Wirtschaftskunde, bitte

Aktuell werden in der Schweiz die Lehrpläne für die Gymnasien und die kaufmännischen Berufe überarbeitet. Wünschbar wäre, dass dem Staats- und Wirtschaftskundeunterricht ein gut strukturiertes Grundlagenwissen in Verbindung mit aktuellen Beispielen von umstrittenen Anwendungen aus dem politischen Alltag viel Aufmerksamkeit gegeben würde.

Politische und wirtschaftliche Streitfragen beinhalten immer mehr Zielkonflikte, das heisst, fast alle Vorschläge zur Lösung von Meinungsverschiedenheiten haben Vorteile und Nachteile. Der Umgang damit setzt ein genügendes Grundlagenwissen voraus. Deshalb bleibt eine verlässliche Wissenserarbeitung in der Schule weiterhin zwingend. Dieses Wissen ist allein schon aus Zeitgründen in der Schule in einem dialogischen Frontalunterricht zu erarbeiten und darf nicht bloss exemplarisch sein. Zu entwickeln ist vielmehr ein systematisch aufgebautes Strukturwissen, das zunehmend mehr vernetzt wird. Diese Forderung schliesst einen selbstständigen und digitalen Unterricht keineswegs aus. Lernwirksam kann er jedoch nur sein, wenn die Lernenden die Kompetenz «Wissen suchen, Wissen analysieren und Wissen beurteilen» beherrschen, ein anspruchsvolles Ziel, das viel Unterrichtszeit benötigt.

Vom reinen Wissen zum Argumentieren kommen

Damit die junge Generation im Umgang mit den vielen Zielkonflikten, den Halbwahrheiten, dem Opportunismus und den Verschwörungstheorien nicht unbedacht folgt, genügen aber das strukturierte Wissen und das selbst gesteuerte Lernen im Unterricht allein nicht. Benötigt wird auch die Kompetenz zur Argumentation. Die Lernenden müssen «überzeugend und sachbezogen argumentieren und ihre eigene Meinung in vernünftiger Weise vertreten» können. Dazu liegen für den



Rolf Dubs
Ehemaliger Rektor der
Universität St. Gallen

«Wissen allein genügt nicht. Es braucht auch die Kompetenz, zu argumentieren.»

politischen und wirtschaftlichen Unterricht schon seit langem gute Anleitungen für den Unterricht vor.

Werhaltungen und der Unterricht in Politik und Wirtschaft

Zielkonflikte beruhen immer häufiger auf Wertvorstellungen. Deshalb wird der politische und wirtschaftliche Unterricht anspruchsvoller, indem er drei Anforderungen genügen muss. Erstens: Lehrplan und Unterricht dürfen nicht indoktrinierend sein. Zweitens: Unterschiedliche Ideen und Meinungen sind bewusst zu bearbeiten; aber die Lehrpersonen müssen neutral bleiben und erst am Ende des Lernabschnittes ihre eigene Meinung darlegen und darüber diskutieren lassen. Drittens: Ziel des Unterrichtes muss es sein, die Lernenden so zu fördern, dass sie im freien Urteil zu einer eigenen Meinung gelangen und sie vertreten und begründen können. Diese Zielsetzung lässt sich mit dem Ansatz einer erweiterten Diskursethik umsetzen, mit welcher in Gruppen Probleme bearbeitet werden, die Zielkonflikte beinhalten. Auf diese Weise sollen letztlich das sachliche und moralische Denken kombiniert und gestärkt werden. Untersuchungen belegten, dass dieses Ziel erreichbar ist. Die Schülerinnen und Schüler lernen differenzierter und klarer zu denken. Zudem trägt das Konzept dazu bei, dass der Egoismus, der Dogmatismus sowie Halbwahrheiten und Verschwörungstheorien von den Lernenden sachlicher beurteilt und grössere Zusammenhänge realistischer erkannt und vertreten werden.

Das systematische erarbeitete Strukturwissen dient als grundlegende Voraussetzung, die bereichsweise durch umstrittene politische und wirtschaftliche Alltagsfragen erweitert und im Sinne von Dilemmas diskutiert werden. Gegenwärtig eignen sich dafür gerade die heutigen Auseinandersetzungen zu den folgenden Themen: Einkommensverteilung und Armut, Altersvorsorge, Umweltpolitik, Bodenpolitik und Mietwesen.

MEHRWERT (204)

Montagsblues

ISABELL RÜDT

Welches Geräusch entsteht in

Ihnen beim Gedanken an den ersten Arbeitstag der Woche? Ein kribbeliges Jippee? Oder eher ein lang gezogenes Ächzen wie bei einer ungeöhlten Tür? Wenn Sie den Montag nicht mögen: Das tut mir leid. Auszuweichen ist nicht einfach, man hat ja seine Verpflichtungen. Immerhin sind Sie jetzt im verordneten Homeoffice, ersparen sich die unangenehmen Treffen in der Kaffeeküche und können ganz Sie selbst sein. Die Prioritäten richtig zu setzen – Clubhouse, Bootcamp oder noch ein Mailcheck? – ist zwar nicht immer einfach, aber schliesslich ist man vernünftig und entscheidet sich für die Arbeit.



Das Gute an dieser ausserordentlichen Zeit: Es bieten sich unzählige Gelegenheiten, das eigene Potenzial zu entdecken. In einem Gespräch auf Clubhouse, dem ich kürzlich folgen durfte, erzählte eine Literaturagentin, dass sie seit Beginn der Pandemie kaum fassen könne, was an

«Entdecken Sie das eigene Potenzial, genau jetzt!»

Manuskripten eintreffe. Offenbar nutzen viele Menschen die Zeit, um den Roman zu schreiben, mit dem sie schon lange schwanger gehen. Nie waren die Voraussetzungen dafür besser als jetzt. Ich liebe Homeoffice! Wobei: Ich habe natürlich leicht reden. Als Selbstständige isst man die Motivation täglich mit den Frühstücksflocken. Dass ich den Montag kaum erwarten kann, versteht sich von selbst.

Ihr Vorgesetzter lehnt Homeoffice ab? Oh, schade. Als Teammitglied eines Motivationsleugners wissen Sie dafür sicher bestens Bescheid: Wir sind zum Arbeiten hier, nicht zum Vergnügen. Das Leben ist kein Ponyhof. Und so ein bisschen Montagsblues gehört halt dazu. Sie haben ja recht. Obwohl als Homeoffice-Fan muss ich gestehen: So ganz ungefährlich ist diese Form des Arbeitens natürlich nicht. Besonders dann nicht, wenn man den eigenen Leuten nicht traut. Mitarbeitende verlieren sich in Ablenkungen, sind kaum kontrollierbar – und das Schlimmste: Sie riskieren, fernab vom firmeneigenen Schreibtisch die Berufung zu finden. «Arbeiten, um Geld zu verdienen, war gestern. Ab heute lautet das Ziel: Arbeiten, um persönliche Erfüllung zu finden.» Diese beiden Sätze – zu lesen auf dem Umschlag von John Streleckys «The Big Five for Life» – scheinen in den Menschen etwas zu berühren. Das Buch zählt zu den meistverkauften Titeln dieser Zeit. Denn eigentlich: So tief im Herzen wünschen wir uns doch alle, der Montag wäre unser Lieblingstag.

Isabell Rüdts, Mitglied Verband Frauenunternehmen, Inhaberin von Edition Rüdts.

Bitcoin und Co. Finger weg!

Für die bekannte Ökonomin ist es klar, dass Wirtschaftslenker in Bitcoin investieren sollten. Aus drei Gründen: Erstens sei der Bitcoin eine Methode zur Minderung von Unternehmensrisiken, zweitens würden Kryptowährungen Lösungen bieten, um Geschäfte in Schwellenländern zu tätigen, drittens würden digitale Währungen eine aufregende neue Zukunft der «Währungsplattformen» einläuten. Hat Moyo recht? Nein!

Erstens ist unklar, wie der Kauf von Bitcoins Unternehmensrisiken abmildern könnte. Das einzige Risiko, das Moyo identifiziert, besteht darin, eine der grössten Spekulationsblasen aller Zeiten zu verpassen. Logisch sind Investitionen in Bitcoin ein sicherer Weg, um zu vermeiden, Kapitalerträge durch Wertsteigerungen von Bitcoin zu verpassen. Doch das macht sie noch lange nicht zu einer klugen Kapitalanlage, insbesondere, wenn man die Renditen gegen das hohe Risiko erheblicher Kapitalverluste abwägt.

Die Volatilität von Bitcoin seit dessen Einführung ist schlicht atemberaubend

Gleichermassen weit hergeholt ist die Vorstellung, dass Kryptowährungen Lösungen für Probleme darstellen könnten, die einem häufig in Schwellenlandwirtschaften begegnen. Es stimmt, dass für dezentralisierte private Kryptowährungen wie Bitcoin anders als für herkömmliches Fiatgeld – zu dem auch die digitalen Wäh-



«Bitcoin ist schlicht zu ineffizient für ein effektives Zahlungsmittel.»

Willem H. Buiter
Gastprofessor, Columbia University

rungen der Notenbanken gehören – nicht die Gefahr besteht, dass verschwenderische Regierungen zu viel davon herausgeben. Es stimmt auch, dass das Risiko, dass zu viel Geld emittiert wird, in einigen Schwellenmärkten höher ist als in den meisten hochentwickelten Volkswirtschaften. Doch sind überhöhte Währungsemissionen nur eine mögliche Bedrohung für die Finanzstabilität in den Schwellenmärkten, und die Ausschaltung dieser Bedrohung macht Bitcoin nicht plötzlich zu einem zuverlässigen Wertspeicher. Ganz im Gegenteil: Die Preisvolatilität von Bitcoin seit dessen Einführung 2009 war atemberaubend.

Moyo legt ausserdem nahe, dass sich mit Bitcoin Zahlungen in Länder niedrigen und mittleren Einkommens vereinfachen lassen. Dies ignoriert die Tatsache, dass Bitcoin-Transaktionen notorisch ineffizient sind. Weil ihre Blockgrösse auf ein Megabyte beschränkt ist und der Abwicklungsprozess etwa zehn Minuten pro Block dauert, können pro Sekunde nur sieben Trans-

aktionen abgewickelt werden. Visa bearbeitet durchschnittlich 1700 Transaktionen pro Sekunde und könnte potenziell mehr als 65 000 Transaktionsmitteilungen pro Sekunde abwickeln. Bitcoin ist schlicht viel zu ineffizient, um ein effektives Zahlungsmittel zu werden.

Bitcoin sollte schnell zu einer Fussnote der Wirtschaftsgeschichte werden

Unterm Strich ist klar: Bitcoin ist ein übertrieben riskantes und ausserdem ökologisch alles andere als wünschenswertes Investment. Es ist keine vernünftige Lösung für irgendein Schwellenmarktproblem – und es kann unmöglich als Wertspeicher oder zuverlässiges Tauschmedium dienen.

Je eher also Bitcoin und andere, von Distributed-Ledger-Technologien gestützte Kryptowährungen zu einer Fussnote der Wirtschaftsgeschichte werden, desto besser.

DIALOG



HZ online 2.4.2021
Kommentar von Marcel Speiser: «Christian Levrat ist eine Fehlbesetzung»
Ich finde, das bestehende Modell mit einem Quasi-Staatsbetrieb, welcher Gewinne erwirtschaften soll, hat sich als nicht zukunftsfähig erwiesen. Entweder gibt die Post auf und überlässt das Feld anderen Akteuren – oder sie krebst zurück und versucht sozialverträglich und ohne Gewinnambitionen Briefe, Pakete und Ähnliches zu

verteilen. Im zweiten Fall ist die Wahl von Christian Levrat sicher keine Fehlbesetzung. Als Liberaler mit Alter siebzig muss ich doch gestehen, dass ich mit der alten Staatspost früher immer sehr zufrieden war und ich daher mit Variante zwei sehr gut leben kann. Ich finde übrigens auch die Privatisierung von Transportunternehmen wie SBB und Trams nicht zielführend, weil kommerziell nicht konkurrenzfähig (waren sie es doch bereits im 19. Jahrhundert nicht).
Heinrich Nägeli



HZ online 4.4.2021
Kommentar von Klaus Wellershoff
«Bescheidenheit bezüglich der eigenen Fähigkeiten, die Zukunft zu kennen, und Hartnäckigkeit bezüglich der Aussagen über das wenige Wissen, das wirklich erhärtet ist, sind angesagt.» @KWellershoff in der @Handelszeitung
Simon Hefti @simonhefti

HZ Nr. 14 1.4.2021
Volg-Chef im «Handelszeitung»-Interview
«Wenn unsere Kunden und Kundinnen in Richtung vegetarisch gehen, greifen sie lieber bei einem Salat statt bei einem Fleischersatzprodukt zu. Da gibt es noch grosse Differenzen zwischen Stadt und Land», so Volg-Chef Philipp Zraggen in der @Handelszeitung.
Reto Lipp @retolipp



HZ online 2.4.2021
Kommentar von Marcel Speiser: «Christian Levrat ist eine Fehlbesetzung»
Ich hoffe immer noch, dass es ein verfrühter Aprilscherz war.
Marco Gasser

Schlimmer geht immer.
Stefan Guggisberg

In einem vom Service public geprägten Ökosystem hat man, wenn sehr unternehmerisch geprägt, manchmal so seine

Schwierigkeiten. Diese wird er wohl weniger haben.
Brigitte Ilsanker

Die Fehlbesetzung kann nun nicht mehr überboten werden. Die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat hat zugestimmt, lupatati debit.
David Lauchenaier

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:
E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel